



Sind wir selbst schuld?



Michael Schwarz
Präsident der Bayerischen
Landes Zahnärztekammer

Sehr geehrte Frau Kollegin,
sehr geehrter Herr Kollege,

in diesen Tagen hat sich der Protest der Ärzte gegen unhaltbare Zustände im Gesundheitswesen formiert. Die Mehrheit der Bevölkerung kann die Sorgen der Mediziner nachvollziehen. Selbst die Medien äußern überwiegend Verständnis. So schreibt die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* einen Tag nach dem ersten Ärztestreik, dem sich auch die Zahnärzteschaft angeschlossen hat: „Die Politik wäre gut beraten, das Warnsignal ernst zu nehmen und nicht der Versuchung zu folgen, die Proteste als späten Ausfluss der Enttäuschung einiger Verbandsfunktionäre über das Ergebnis der Bundestagswahl abzutun.“ Angesichts der Reaktionen von Bundesgesundheitsministerin *Ulla Schmidt*, die mit ihren Erklärungen zum Ärztestreik kräftig Öl ins Feuer gegossen hat, muss allerdings bezweifelt werden, ob die Botschaft wirklich ankommt. Der Hinweis darauf, die Honorarverteilung sei Sache der ärztlichen und zahnärztlichen Selbstverwaltung, die auch für jene überbordende Bürokratie verantwortlich zeichne, ist eine Provokation. Wider besseres Wissen verschleierte die Gesundheitsministerin die Ursachen der Misere und gibt den Schwarzen Peter weiter. Dabei genügt ein Blick in das Sozialgesetzbuch und seine umfangreiche Kommentierung, um zu sehen, wo die Gängelei ihren Ursprung hat. Gesetze und Verordnungen werden bekanntlich nicht von den Selbstverwaltungskörperschaften erlassen, denen selbst bei der Formulierung des Berufsrechtes von der Ministerialbürokratie enge Grenzen gesetzt werden.

Mit ihrer Ankündigung, die unterschiedlichen „Gebührenordnungen“ für privat und gesetzlich Versicherte zu vereinheitlichen, hat Frau Schmidt den nächsten Kriegsschauplatz eröffnet. Möge niemand behaupten, die Bundesregierung hätte die Folgen einer „angepassten Gebührenordnung“ mit abgesenkten Gebührensätzen für Beihilfeberechtigte und Standardversicherte nicht vor Augen. Was das für den Patienten bedeutet, kann man im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD an anderer Stelle nachlesen. So kündigt die Bundesregierung an, „den Verkauf von Lebensmitteln unter Einstandspreis grundsätzlich zu untersagen“. Offensichtlich soll genau dies jedoch für die Erbringung von Gesundheitsdienstleistungen erzwungen werden. Im selben Atemzug lamentieren die Claqueure von Frau Schmidt über die nachlassende Qualität der gesundheitlichen Versorgung.

Nein, die Fehlentwicklungen im Gesundheitswesen haben ihren Ursprung nicht, wie im jüngsten Gutachten des Sachverständigenrates suggeriert wird, im Korporatismus, sprich in der Selbstverwaltung. Wer die Beitragssätze für sakrosankt erklärt und den Krankenkassen Bundeszuschüsse kürzt, wer die Heilberufe mit Zwangsfortbildung und Rechtsverordnungen ohne Ende schikaniert, sodass für die Heilbehandlung immer weniger Zeit bleibt, muss auch die Verantwortung für den Niedergang der Medizin in Deutschland übernehmen. Wir wären allerdings selbst schuld, wenn wir als Ärzte und Zahnärzte bei diesem lebensbedrohlichen Eingriff freundlich assistieren würden.

Ihr Michael Schwarz